

Änderungsantrag

**der Abgeordneten Dr. Scheer, Horn, Frau Fuchs (Verl), Gerstl (Passau),
Heistermann, Jungmann, Dr. Klejdzinski, Kolbow, Leonhart, Steiner, Wiefel,
Dr. Vogel und der Fraktion der SPD**

**zur Beratung der Beschlußempfehlung des Verteidigungsausschusses
(12. Ausschuß)**

— Drucksache 10/3074 —

zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

— Drucksache 10/151 —

**zur Erklärung der Bundesregierung zum Ergebnis der NATO-Konferenz
am 9./10. Juni 1983**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung – Drucksache 10/3074 – erhält folgende Fassung:

„Die Sachverständigen-Anhörung, die der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages auf Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zwischen dem 28. November 1983 und dem 6. Februar 1984 über „Alternative Strategien“ durchgeführt hat, hat wichtige Anregungen für eine Reform der Verteidigungsdoktrinen und der Verteidigungsstrukturen gebracht:

1. Die NATO-Strategie der flexible response muß einer gründlichen Überprüfung unterzogen werden. Dies gilt insbesondere für die Glaubwürdigkeit und die politische Zweckmäßigkeit einzelner wesentlicher Bestandteile der geltenden Strategie. Obwohl es hierzu stark voneinander abweichende Auffassungen bei den Sachverständigen gab, so sind doch in einer Reihe wichtiger Fragen weitgehende Übereinstimmungen in den Handlungsempfehlungen der Sachverständigen enthalten:
 - a) Der politische Charakter von Atomwaffen muß deutlich hervorgehoben werden. Daraus ergibt sich nicht nur eine Absage an alle Tendenzen einer Miniaturisierung der Atomwaffen und der Weiterentwicklung von atomaren Gefechtsfeldwaffen, sondern auch die Absage an alle Konzeptionen einer integrierten konventionellen und atomaren Kriegführung, wie sie in Air-Land-Battle-Konzepten zum Ausdruck kommt. Außerdem ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer strikten Trennung und Unterscheidbarkeit atomarer

und konventioneller Waffensysteme, also die eindeutige Deklaration und Erkennbarkeit von Waffensystemen statt der sogenannten dual-capability.

- b) Atomare Waffen müssen aus den vorderen Linien abgezogen werden, um durch einen atomwaffenfreien Streifen die nukleare Schwelle anzuheben und einen Beitrag zur Vertrauensbildung zwischen Ost und West zu leisten.
- c) Stationierung, Modernisierung und Anwendung chemischer Waffen werden – auch als Abschreckungswaffen – abgelehnt. Daraus folgt auch, daß eine Entfernung nicht allein vom Resultat chemischer Abrüstungsverhandlungen abhängig gemacht werden muß.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, diesen Empfehlungen in ihrer Verteidigungspolitik Rechnung zu tragen. Alle politischen Schritte, die diesen Empfehlungen folgen, sind auf der Grundlage eines breiten politischen Konsenses in der Bundesrepublik Deutschland möglich.

2. Darüber hinaus ist jedoch festzustellen, daß es in einer Reihe von substantiellen Punkten noch keine Übereinstimmung sowohl unter den Sachverständigen bei der Anhörung wie auch unter den Parteien des Deutschen Bundestages gibt.

Diese Punkte sind vor allem:

- a) Umstritten ist, ob die dreigestufte flexible Antwort durch eine zweigestufte Antwort ersetzt werden kann, in der auf sämtliche atomaren Gefechtsfeldwaffen und Kurzstreckenwaffen bzw. auf Atomwaffen auf dem Territorium westeuropäischer NATO-Mitgliedsländer verzichtet würde.
- b) Als umstritten erweist sich, ob und inwieweit die bestehende Vorneverteidigung durch Elemente einer „Vorwärtsverteidigung“ mit weitreichenden ballistischen konventionellen Waffen ergänzt werden kann bzw. in welcher Weise der Vorneverteidigung neue Elemente einer Raumverteidigung hinzugefügt werden können.
- c) Umstritten ist, ob und inwieweit die bestehende Struktur von Großwaffensystemen erneuert bzw. fortgeschrieben werden kann und welche neuen konventionellen Waffensysteme auf der Grundlage einer veränderten Wehrstruktur anstelle dieser Waffensysteme treten sollten.
- d) Umstritten ist, ob die gegenwärtige Wehrstruktur einschließlich der Reservepotentiale weitergeführt werden kann und welche Strukturveränderungen an ihre Stelle treten müssen.
- e) Umstritten ist, welches Bedrohungspotential die Streitkräfte des Warschauer Paktes – auch unter Berücksichtigung der neueren waffentechnologischen Entwicklungen – tatsächlich darstellen und welche militärischen Gegengewichte der NATO-Streitkräfte demgegenüber erforderlich sind, um das Ziel der Kriegsverhinderung weiter realisieren zu können.

3. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß eine breite und vorurteilsfreie Diskussion innerhalb der NATO, über die Verteidigungsdoktrinen erforderlich ist. Es kann dabei nicht um eine vollständige Ersetzung der jetzigen Strategie durch eine vollständig neue Alternative gehen, weil dies weder durchführbar noch finanzierbar wäre. Statt dessen geht es um eine angemessene Reform der Verteidigungsstrukturen, um das Vertrauen der eigenen Bürger und die Glaubwürdigkeit zu erhöhen, die Kosten zu reduzieren und die internationale Vertrauensbildung zu verbessern. Der Deutsche Bundestag geht dabei davon aus, daß militärische Verteidigungsanstrengungen eingebettet sein müssen in eine Politik der Entspannung und der Rüstungskontrolle."

Bonn, den 27. März 1985

Dr. Scheer

Horn

Frau Fuchs (Verl)

Gerstl (Passau)

Helstermann

Jungmann

Dr. Klejdzinski

Kolbow

Leonhart

Steiner

Wiefel

Dr. Vogel und Fraktion

